



ostnews



Serbien: Interimsabkommen mit der EU in Kraft

Investoren blicken freundlicher in den Osten
Seite 2

Streckenabhängige Maut in Tschechien
Seite 5

Slowakei: Strategische Unternehmen für den Staat?
Seite 3

Serbien nimmt Kurs auf Brüssel
Seite 6

Russlands wirtschaftliches Gegenmodell zur EU
Seite 4

GW übernimmt serbische Eurocargo
Seite 7

1 Euro-GmbH in Bulgarien

Seit kurzem kann in Bulgarien eine OOD (GmbH) mit einem Mindestkapital von 2 BGN (1 €) gegründet werden. Bisher war dafür ein Betrag von 5.000 BGN (2.500 €) notwendig. Eine maximale Höhe ist nicht vorgesehen, aber um ins Handelsregister eingetragen zu werden, ist es erforderlich, dass das Mindestkapital eingezahlt worden ist. Sonderregelungen sind für die 1 Euro-GmbH nicht vorgesehen. Ziel des Gesetzes ist es, private Initiativen und das Unternehmertum zu fördern. In der Praxis kann es allerdings vorkommen, dass Gläubiger zusätzliche Garantien, wie persönliche Haftungen verlangen, denn durch die Herabsetzung des Mindestkapitals ist die Deckung der Anfangskosten nicht mehr gegeben. Dennoch findet die 1 Euro-GmbH bei Unternehmen großen Anklang.

Impressum

Medieninhaber, Eigentümer und Herausgeber: Gebrüder Weiss GmbH, Wiener Straße 26, A-2326 Maria-Lanzendorf, Österreich
 Redaktion: Klaus Tumlner, Mag. (FH) Miriam Burghart, F 01.79799.7901, ost-news@gw-world.com
 Verlags- und Herstellungsort: Wien
 Druck: Hans Jentzsch & Co GmbH, Scheydgasse 31, 1210 Wien
 Auflage: 5.000 Stk.
 Erscheinungsweise: 4 x / Jahr
 Fotos (wenn nicht anders angegeben): Gebrüder Weiss Ges.m.b.H., Titelbild: istockphoto
 Vorbehaltlich Irrtum und Druckfehler
 OFFENLEGUNG NACH § 25
 MEDIENGESETZ: Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Gebrüder Weiss GmbH, Wiener Straße 26, A-2326 Maria-Lanzendorf, T 01.79799.0
 Unternehmensgegenstand: Internationale Spedition
 Grundlegende Richtung: Informationen für Unternehmen über die wirtschaftlichen Beziehungen mit Zentral- und Osteuropa.

Investoren blicken freundlicher in den Osten

Die in Mittel- und Osteuropa präsenten Unternehmen erwarten für 2010 ein leicht verbessertes Geschäftsklima in der Region.

Deutlich angestiegen sind die Exporterwartungen der rund 400 Unternehmenszentralen, die von Österreich aus ihre 1.400 Unternehmensbeteiligungen in der CEE-Region steuern. Nach wie vor zurückhaltend sind die Firmen bei den Investitionsplänen für die kommenden zwölf Monate, auch wenn die Stimmung gegenüber 2009 optimistischer ist.

Dies geht aus dem im Jänner erhobenen Geschäftsklima-Index von Thomson Reuters und der Österreichischen Kontrollbank (OeKB) hervor. Der vierteljährlich errechnete Geschäftsklima-Indikator legte zwischen Oktober 2009 und Jänner 2010 um 6 Prozentpunkte auf einen Saldenwert (positive abzüglich negativer Stellungnahmen) von plus 16 zu. Gegenüber Oktober 2009 hat sich die Dynamik aber deutlich verlangsamt: Damals stieg der Indikator um 17 Prozentpunkte auf plus zehn.

Von den CEE-Ländern steht Polen derzeit in der Gunst der Investoren ganz oben. Das rund 38,1 Millionen Einwohner zählende Land hat die Krise vergleichsweise gut überstanden und ist einer der wenigen EU-Staaten mit einem Wirtschaftswachstum im Vorjahr. Bei 17 Prozent der polnischen Niederlassungen steht ein Ausbau bevor. Dahinter folgen Slowenien und Russland, die von der Krise relativ hart getroffen wurden.

Handbremse bei neuen Standorten

Noch verhaltener zeigen sich die Unternehmen bei der Errichtung neuer Standorte in den kommenden zwölf Monaten. Gegenüber der letzten Erhebung im Oktober 2009 sank die Anzahl der Projekte um 3 auf 43 Vorhaben. Zum Vergleich: Anfang 2009 waren noch 73 neue Niederlassungen geplant. Den bisherigen Höchstwert gab es vor dem Ausbruch der Wirtschaftskrise im April 2007 mit 187 Projekten. Von den heuer geplanten Projekten entfallen mehr als ein Drittel auf Bulgarien und Serbien, während hingegen kein einziges in Ungarn vorgesehen ist. Auch Rumänien hat gegenüber dem Vorjahr deutlich an Attraktivität verloren.

Der Saldenwert für Investitionsmöglichkeiten erhöhte sich laut der Umfrage um 1 Prozentpunkt auf plus 4. Für nur 13 Prozent der CEE-Standorte ist in den nächsten zwölf Monaten ein weiterer Ausbau geplant, bei fast vier Fünftel der Unternehmen sind allerdings keine Investitionen

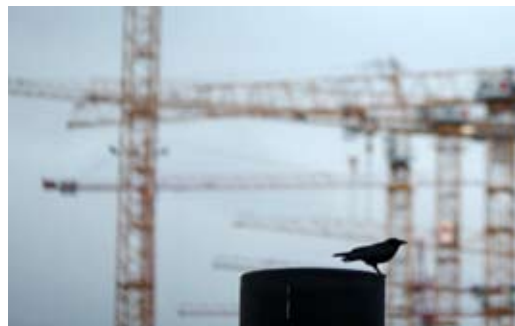


Foto: APA/dpa

Österreichische Investoren blicken freundlicher in Richtung Osten.

geplant. Bei 8 Prozent sind Schließungen bzw. Verkleinerungen vorgesehen.

Bessere Geschäftslage

Erstmals seit einem Jahr wurde im Jänner auch die aktuelle Geschäftslage positiv beurteilt. Der entsprechende Indikator stieg um 6 Prozentpunkte auf plus 3. Der Aufwärtstrend bei den Geschäftserwartungen verlor allerdings im Vergleich zum vergangenen Oktober an Fahrt: Bis Mitte 2010 wird für 38 Prozent der CEE-Niederlassungen mit einer Steigerung ihrer Geschäftstätigkeit gerechnet, während 9 Prozent einen negativen Geschäftsverlauf prognostizieren.

Eine deutliche Zunahme verzeichnete auch der Exportindikator: 42 Prozent der befragten Unternehmenszentralen erwarten in den kommenden zwölf Monaten zunehmende Ausfuhren, im Oktober 2009 waren es nur 27 Prozent. 47 Prozent gehen von einer gleichbleibenden Exportentwicklung aus. Der Rest erwartet einen Rückgang.

Das größte Vertrauen setzen die Unternehmen in jene Länder, die von der Wirtschaftskrise vergleichsweise geringer betroffen sind. Dazu zählen in erster Linie Polen, Tschechien, die Slowakei - aber auch Slowenien, das im vergangenen Jahr einen Einbruch des Bruttoinlandsprodukts in der Höhe von 7,8 Prozent erlitt, und Russland. Im kommenden halben Jahr wird in diesen Staaten ein deutlicher Aufschwung erwartet.



Der Geschäftsklima-Indikator legte zwischen Oktober 2009 und Jänner 2010 um sechs Prozentpunkte zu.

Geschäftsklima-Index von Thomson Reuters & OeKB

„Strategische“ Unternehmen für den Staat?

Slowakei: der Staat hat das Vorkaufsrecht für strategisch wichtige in Konkurs geratene Firmen.

Die Slowakei setzt ein umstrittenes Gesetz um, das es ermöglicht, strategisch wichtige Unternehmen im Konkursfall zu verstaatlichen.

Die slowakische Regierung setzt einen heftig diskutierten Gesetzesentwurf um, der es ermöglicht, in Schwierigkeiten geratene Unternehmen unter dem Marktpreis aufzukaufen, wenn sie als strategisch bedeutend eingestuft werden. Gemeint sind damit Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern und Unternehmen, die Einfluss auf andere Firmen ausüben bzw. von denen ganze Regionen abhängig sind, wie z.B. Energieversorger.

Heftig umstritten ist der Gesetzestext aber nicht nur in Bezug auf die Definition „strategisch“. Der hastigen Umsetzung ohne Konsultierung von Sozialpartnern oder Gewerkschaften folgten umgehende Proteste. Der „Klub 500“ (eine Gruppe von Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern) bemängelt, dass das Gesetz nicht nur Privatunter-

nehmen sondern auch ausländische Investoren verunsichere. Auch die Frage, ob die slowakische Verfassung oder gültiges EU-Recht damit verletzt werde, steht im Raum. Die EU Kommission hat dessen ungeachtet zusätzliche Informationen angefordert, um den Sachverhalt zu bewerten. Und auch die Opposition kritisiert das vom Staat als reine Anti-Krisen-Maßnahme bezeichnete Gesetz in höchstem Maße. Die Regierung weist in diesem Zusammenhang jedoch auf den Konkurs eines großen Chemieunternehmens (NCHZ) hin, das im Herbst 2009 durch die Zahlung einer Kartellstrafe ins Wanken geraten ist.

Nach zahlreichen Änderungen des Gesetzesentwurfs, wurde nun festgelegt, dass für die Anwendung des Gesetzes ein Konkursverfahren bestehen muss und der Staat - mit einem Vorkaufsrecht von 120 Tagen - nur vorübergehend als Eigentümer fungieren darf. Das Gesetz wurde zudem bis Ende 2010 befristet.

Gratis-Abo

Aktuelle Ostnews

Sie wollen übersichtlich, regelmäßig und gratis über Neuigkeiten aus Mittel- und Osteuropa informiert werden? Dann melden Sie sich ganz einfach unter www.gw-world.com/ostnews für ein Gratis-Abo unserer Ostnews an. Sie erhalten damit viermal pro Jahr druckfrisch Informationen aus den Bereichen Transport, Verkehr, Logistik und Wirtschaft.

Oder interessieren Sie sich für unseren elektronischen Newsletter (in deutscher oder englischer Sprache)? Dann registrieren Sie sich ebenfalls auf dieser Seite.

Ukraine: Neue Gesetzesauslegung

Seit Anfang 2010 wird das Gesetz über die Lohnsteuer für ausländische Beschäftigte in der Ukraine neu ausgelegt.

Der ursprünglich gültige Steuerersatz von 15% ist nur mehr dann gültig, wenn der Steuerpflichtige eine ukrainische Steuerkarte besitzt. Ansonsten ist ein Steuersatz von 30% anzuwenden. Werden weiterhin nur 15% Lohnsteuer abgeführt, müssen der Fehlbetrag und eine Strafzahlung von 200% des Differenzbetrages nachbezahlt werden. Unternehmervereinigungen treten entschieden gegen diese Schlechterstellung von ins Ausland entsendeten Mitarbeitern auf, da die Steuerkarte erst nach einem Aufenthalt von mehr als 183 Tagen erteilt wird.

TIR-Abkommen mit Bosnien-Herzegowina

Seit Jahresbeginn werden Transports Internationaux Routiers (TIR) - Carnets akzeptiert.

Mit 1. Januar 2010 ist das TIR-Übereinkommen mit Bosnien-Herzegowina in Kraft getreten und das Land nun offizieller Vertragsstaat.

Bereits in mehr als 60 Staaten und der gesamten EU wird das TIR-Abkommen angewendet, das im „Übereinkommen über den int. Warentransport mit Carnet Tir“ von 1975 festgeschrieben wurde. Nun findet das Übereinkommen, das von der Internationalen Straßentransportunion (IRU) verwaltet wird, auch in Bosnien-Herzegowina Anwendung.

Das TIR Verfahren dient für eine grenzüberschreitende Beförderung von Waren unter zollamtlicher Überwachung ohne Entrichtung von Zöllen und anderen Abgaben, die üblicherweise im grenzüberschreitenden Verkehr fällig werden.

Ziel des Zolltransitdokumentes ist eine wesentliche Erleichterung des internationalen Warenverkehrs bzw. eine gleichzeitige Zollsicherheit und Abgabebürgschaft zu gewährleisten. Durch ein



Bequemer Gütertransport dank Carnet-TIR.

internationales Bürgschaftssystem - in Österreich haftet die AISÖ mit bis zu € 60.000 gegenüber der Republik Österreich - und Rückversicherungen bzw. zahlreichen Voraussetzungen, die der Transportunternehmer erfüllen muss, ist die Garantieverpflichtung gewährleistet.

In Bosnien-Herzegowina erhält man die Transportdokumente über die Außenhandelskammer und deren Zweigniederlassungen bzw. über die in Genf ansässige IRU (www.iru.org).

Rumänien: Friständerung bei der Einreichung der Mitarbeiterregister

Arbeitgeber in Rumänien haben seit Februar dieses Jahres die Verpflichtung, laufend aktuelle Mitarbeiterregister beim lokalen Arbeitsinspektorat (ITM) einzureichen. Die Übermittlung, die nun auch in elektronischer Form mittels Mail möglich ist, muss einen Tag vor Arbeitsbeginn des neuen Mitarbeiters stattfinden. Die Arbeitsverträge müssen weiterhin binnen 20 Kalendertagen in dreifacher Ausfertigung nach Vertragsabschluss beim ITM registriert werden.

Buchtipps: Kroatisch für Beruf und Wirtschaft (Gunter Vogl)

Bei dieser Neuerscheinung handelt es sich um das erste Handbuch der kroatischen Geschäftssprache und -kultur. Zielgruppe sind speziell Firmen und Wirtschaftstreibende mit Kroatienbezug, generell aber alle, die beruflich mit dem Land zu tun haben und sprachliche sowie interkulturelle Qualifikationen erwerben bzw. erweitern möchten. Das Buch bietet u.a. einen Überblick über die Standards der Korrespondenz und Kommunikation, bringt Musterdokumente sowie die wichtigsten Praxisinformationen und Anlaufstellen. ISBN-3200014547



Russlands Gegenmodell zur EU

Seit Beginn des Jahres ist die Zollunion zwischen Russland, Kasachstan und Weißrussland in Kraft.

Seit Mitte der neunziger Jahre plant Russland im ex-sowjetischen Raum ein wirtschaftliches Gegenkonzept zur EU. Die Ausrufung der Zollunion zwischen Russland, Weißrussland und Kasachstan per 1. Jänner 2010 sei der bisher konkreteste Schritt in diese Richtung, erklärt dazu der Innsbrucker Politologe und Russland-Experte Gerhard Mangott. Die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes soll bis 2012 vorbereitet werden. Auch eine gemeinsame Währung ist geplant.

Die Zollunion bietet für die drei teilnehmenden Staaten die Möglichkeit, den Warenaustausch wesentlich zu vereinfachen, so Mangott. Vor allem Russland sieht darin auch die Möglichkeit, die eigene Produktion durch das Zollregime zu schützen. Der gemeinsame Zoll-Kodex soll bis 1. Juli 2010 ausgearbeitet werden. Derzeit werden die nichttariflichen Bedingungen harmonisiert.

Bei den bisherigen Verhandlungen des Dreier-Bündnisses setzte sich der Kreml durch. Im gemeinsamen Zollgremium, das die Tarife festsetzt, konnte sich die Regierung unter Wladimir Putin die Mehrheit der Stimmrechte sichern. Außerdem wird nach derzeitigem Stand Russland nur rund 8 Prozent der 4.000 bis 4.500 Zolltarife anpassen müssen, so Mangott.

Nach seiner Meinung ist die Union auch ein Instrument, um ausländische Investoren und damit moderne Technologien in den rund 170 Millionen Menschen zählenden Wirtschaftsraum zu holen. Durch hohe Export- und Importzölle könnte die Produktion von bestimmten Waren für die Zollunion außerhalb ihrer Grenzen erschwert werden. Die Zolltarife als Handelshemmnisse hatte Russland schon öfters schamlos ausgenutzt: Um etwa die Produktion von Autos im Land zu schützen, wurden hohe Importzölle verhängt.

Mangott hält eine Einigung auf gemeinsame Außenzölle bis Juli 2010 für durchaus realisierbar. Skeptischer ist der Russland-Experte hingegen bei den Binnenzöllen, wie der jüngste Ölstreit zwischen Russland und Weißrussland gezeigt hat. Hintergrund des Streits war unter anderem, dass Weißrussland russisches Öl zollfrei importieren will, was in Moskau allerdings auf wenig Verständnis stößt. Die Weißrussen erhalten das russische

Rohöl billig und verarbeiten dieses in ihren Raffinerien, um es teuer zu exportieren.

Zusatzkosten in Millionenhöhe drohen

EU-Schätzungen zufolge könnte die Zollunion für westliche Unternehmen Mehrkosten von bis zu 900 Mio. Euro bringen. Konkrete Zahlen, was das derzeit den einzelnen Investoren bringt oder kostet, gibt es noch nicht. Die deutsche Investagentur German Trade Invest berichtet aber, dass Zolltarife für Importe von Markenkleidung und Haushaltsgeräten nach Russland gesenkt wurden. Auch Möbelimporte sollen billiger geworden sein.

Österreichs Handelsdelegierter in Moskau, Dietmar Fellner, kann bisher über keine Beschwerden von österreichischen Exportunternehmen berichten. Derzeit dürfte es eine Übergangszone geben, in der die alten Bestimmungen noch gelten, einige neue aber in Kraft sind. Prinzipiell rechnet Fellner mit einem Einheitszolltarif von 15 Prozent für Einfuhren in alle drei Länder. Dies bedeute, dass die Tarife für Kasachstan und Weißrussland erhöht werden dürften, während es in Russland teilweise zu Reduktionen kommen könnte.

Weitere Kandidaten

Neben den bisherigen drei Ländern interessiert sich nach Angaben Mangotts auch die Ukraine für die Union. Der neu gewählte Präsident Viktor Janukowitsch überlegt einen Beitritt seines Landes. Interessant sei für Kiew die zollfreie Einfuhr von Öl und Gas für den Eigenverbrauch. Eine Vollmitgliedschaft wäre aber wegen der WTO-Mitgliedschaft nicht möglich. Darüber hinaus haben auch schon Tadschikistan und Kirgistan an die Tür der Zollunion geklopft.

Russland tritt für ein strenges Zollregime ein: An den Außengrenzen der russisch-weißrussisch-kasachischen Zollunion dürfe es keine „grauen Zonen“ geben. „Das Auftauchen von jeglichen ‚grauen Zonen‘, die skrupellose Händler nutzen könnten, muss eindeutig ausgeschlossen werden“, sagte der russische Ministerpräsident Putin bei Beratungen über die Zollunion Anfang Februar. Er ortet für das Dreier-Bündnis ein großes Wachstumspotenzial, das auch Anziehungspunkt für neue Technologien sein soll.

Streckenabhängige Maut in CZ

Tschechien führt auf Autobahnen, Schnellstraßen und ausgewählten Straßen eine kilometerabhängige Maut auch für Fahrzeuge über 3,5 Tonnen ein.



Fahrzeuge über 3,5 Tonnen benötigen nun ein Lesegerät für die vollelektronische Mautabbuchung.

Die tschechische Regierung hat die Mautpflicht mit Beginn des Jahres auf Autobahnen und einem erweiterten Straßennetz maßgeblich geändert.

Per 1. Januar gelten nun auf allen mautpflichtigen tschechischen Straßen geänderte Regelungen. Die wesentlichsten Änderungen betreffen allerdings Fahrzeuge über 3,5 Tonnen. Der tschechische Gesetzgeber führt nun für diese Kategorie eine fahrleistungsabhängige Vergebühung ein. Bisher galt eine kilometerabhängige Maut nur für Fahrzeuge ab 12 Tonnen. Durch diese Änderung sind nun auch schwere Wohnmobile zur kilometerabhängigen Maut verpflichtet.

Unter die mautpflichtigen Straßen fallen alle Autobahnen, Schnellstraßen und diverse ausgewählte Straßen.

Für die neue Maut wird das Fahrzeuggerät Premid benötigt, das vergleichbar mit der österreichischen Go-Box ist. Dieses, an der Windschutzscheibe befestigt, stellt die Verbindung mit dem elektronischen Mautsystem her. Durch ein akustisches Signal wird der Lenker bei Durchfahrt der Mautstelle über die korrekte Verbuchung der Maut informiert. Erhältlich ist das Lesegerät bei den Vertriebsstellen auf den Autobahnen und bei Tankstellen.

Seit Februar wurde eine weitere Änderung eingeführt: Jeden Freitag zwischen 15 und 21 Uhr wurde für LKW über 12 t eine 50%ige und für Kleintransporter ab 3,5 t eine 25%ige Erhöhung der Mautgebühr als an anderen Wochentagen eingeführt. Dieser Lösung wurde anstatt eines ganztägigen Freitags-Fahrverbotes der Vorzug gegeben.

Tschechiens Verkehrsministerium erhofft sich durch diesen Beschluss einen Rückgang des LKW-Verkehres an den sonst stark belasteten Freitagnachmittagen um bis zu 30%. So muss man freitags nun für die rund 200 km lange Strecke zwischen Brünn und Prag rund 15 Euro mehr zahlen als an anderen Wochentagen bzw. zu anderen Zeiten. In Ferienzeiten gilt ein LKW-Fahrverbot an Freitagen von 17-21 Uhr. Im Gegenzug zu der Freitags-Mauterhöhung wurde die Maut für die anderen Wochentage um 2 Prozent gesenkt.

Fahrzeuge unter 3,5 t können weiterhin mit Zeitvignetten fahren, die allerdings seit Jahresbeginn um rund 20% teurer geworden sind. Die Jahresvignette kostet nun 1200 Kronen (ca. 46 Euro), die Monatsvignette 350 Kronen (ca. 14 Euro). Anstatt der 7-Tagesvignette wurde die 10-Tagesvignette für 250 Kronen (ca. 10 Euro) eingeführt. Weitere Informationen sind unter www.premid.cz zu finden.

Ungarn: Mit einem Klick selbständig

Völlig unbürokratisch können ungarische Einzelunternehmer seit Beginn des Jahres ihr Gewerbe anmelden. Änderungen im Unternehmens- und Gewerberecht machen diese Vereinfachung möglich. Es reicht nun, die Willenserklärung des zukünftigen Unternehmers online im Internet abzugeben. Die bisherige Vorgehensweise verlangte die Ausstellung einer Bescheinigung, ähnlich dem Gewerbeschein und eine gesonderte Genehmigung. Das Einzelunternehmen muss lediglich mit einer Notariatsurkunde beglaubigt und beim Firmengericht eingereicht werden. Innerhalb von 30 Tagen erfolgt die Genehmigung, mit der somit ohne größeren Aufwand die unternehmerische Tätigkeit aufgenommen werden kann. Liegt das eingetragene Stammkapital unter 200.000 Forint (€ 730) ist dieses sofort bar zu hinterlegen, bei höheren Einlagen können auch Produktionsmittel und andere Unternehmenswerte bewertet werden.

Serbien: Überblick der neuen Verkehrsregeln

- Höchstgeschwindigkeit im Ort 50 km/h (bisher 60 km/h)
- Licht am Tag ganzjährig für alle Fahrzeuge Pflicht
- Promillegrenze 0,3 (bisher 0,5 Promille)
- Telefonieren auf Handys während des Fahrens verboten
- Bei Verkehrskontrollen müssen Fahrer und Beifahrer im Auto sitzen bleiben
- Mitföhrpflicht von: Ersatzreifen, Abschleppseil, Warnweste, europ. Unfallbericht, Verbandspaket, Warndreieck, Ersatzlampenset)

Wichtige Adressen

Albanien

DV: Prinz-Eugen-Straße 18/1/5, 1040 Wien, T +43 1 328 86 56
 ÖH: Nazorjeva 6, Postni predal 1595 1000 Ljubljana, T +386 1 513 97 70

Bosnien-Herzegowina

DV: Tivoligasse 54, 1120 Wien
 T +43 1 811 85 55
 ÖH: Fra Anđela Zvizdovica 1/19, Tower B, 71000 Sarajevo
 T +387 33 26 78 40

Bulgarien

DV: Schwindgasse 8, 1040 Wien
 T +43 1 505 31 13
 ÖH: ul. Zar Samuil 35, 1000 Sofia
 T +359 2 953 15 53

Estland

DV: Wohllebengasse 9/13, 1040 Wien
 Tel: +43 1 503 77 61
 ÖH: Mannerheimintie 15 a B 00260 Helsinki, T +358 9 43 66 33 0

Kroatien

DV: Heuberggasse 10, 1170 Wien
 T +43 1 480 20 83
 ÖH: Postanski pretnac 25 10001 Zagreb, T +385 1 488 19 00

Lettland

DV: Stefan Esders Platz 4, 1190 Wien
 T +43 1 403 31 12
 ÖH: siehe Estland

Litauen

DV: Löwengasse 47, 1030 Wien
 T +43 1 718 54 67
 ÖH: siehe Estland

Mazedonien

DV: Maderstraße 1/10, 1040 Wien
 T +43 1 524 87 56
 ÖH: Genex Apartmani, Apt. 103 Vladimira Popovica 6, 11070 Novi Beograd
 T +381 11 301 58 50

Montenegro

DV: Nibelungengasse 13, 1010 Wien
 T +43 1 715 31 02
 ÖH: siehe Mazedonien

Moldawien

DV: Löwengasse 47/10, 1030 Wien
 T +43 1 961 10 30
 ÖH: siehe Rumänien

Polen

DV: Hietzinger Hauptstraße 42c, 1130 Wien
 T +43 1 870 15 100
 ÖH: Saski Crescent Centerul. Królewka 16, 00-103 Warszawa
 T +48 22 586 44 66

Rumänien

DV: Prinz-Eugen-Straße 60, 1040 Wien
 T +43 1 505 32 27
 ÖH: Strada Logofat Luca Stroici Nr. 15 020581 Bucuresti, T +40 372 06 89 00

Russische Föderation

DV: Reisnerstraße 45-47, 1030 Wien
 T +43 1 712 12 29
 ÖH: Starokonjuschenny per. 1 119 034 Moskau, T +7 495 725 63 66

DV: diplom. Vertretung in Österreich
 ÖH: österr. Außenhandelsstelle

Serbien nimmt Kurs auf Brüssel

Die Annäherung Serbiens an die Europäische Union hat neuen Schwung erhalten.

Seit 1. Februar 2010 ist das bereits vor zwei Jahren unterzeichnete interimistische Handelsabkommen zwischen der EU und dem Balkanstaat in Kraft, nachdem das Haager Kriegsverbrechertribunal Serbien Fortschritte bei der Zusammenarbeit attestiert hat.

Im Juni wollen die EU-Staaten über die Ratifizierung des ausverhandelten Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA) entscheiden. Den Beitrittsantrag hatte Serbien Ende Dezember 2009 gestellt.

Der Balkanstaat wendet das Handelsabkommen einseitig bereits seit Ende Jänner 2009 an, die EU seit dem 8. Dezember 2009. Damals hatten die Niederlande die Blockade des Abkommens auf EU-Ebene aufgegeben. Für Unternehmen aus der EU hat Serbien seit damals mit dem stufenweisen Abbau der Einfuhrzölle bzw. Abgaben gleicher Wirkung begonnen. Für Waren aus der EU gelten niedrigere Zolltarife, deren Ursprung in der Gemeinschaft mit einer sogenannten Warenverkehrsbescheinigung bzw. einer Erklärung auf der Rechnung nachgewiesen werden kann.

Wegen der einseitigen Umsetzung des Abkommens mit Serbien ist mit Jahresanfang bereits die zweite Senkung der Zolltarife auf gewerbliche Erzeugnisse, Landwirtschafts- und Fischereiprodukte erfolgt, wobei die Abbaustufen der Zolltarife unterschiedlich gestaffelt sind. Für gewerbliche Erzeugnisse wie etwa Zement, Papier, Pappe oder Holzfaserverplatten wurde der serbische Zollsatz im Vorjahr mit der einseitigen Anwendung auf 70 Prozent und heuer auf 40 Prozent des Zolltarifs gesenkt. Im kommenden Jahr können gewerbliche Erzeugnisse aus der EU zollfrei nach Serbien exportiert werden.

Darüber hinaus regelt das Abkommen auch den Markenschutz von Produkten aus der EU: Serbien ist verpflichtet, in seinem Hoheitsgebiet die Verwendung von in der Gemeinschaft geschützten Namen für vergleichbare Erzeugnisse, die nicht der Spezifikation der geografischen Angabe entsprechen, zu verbieten.

Grundsätzlich gilt dies auch für Marken, die in Serbien eingetragen oder durch Benutzung erworben worden sind. Sie dürfen fünf Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens nicht mehr benutzt werden.



Foto: AP/AFPA

Der erste Schritt in Richtung EU-Beitritt ist mit Serbiens Beitrittsantrag getan.

Nach Angaben serbischer Behörden sind im Vorjahr bis Ende November während der zehnmönatigen Anwendung des Abkommens um 78 Mio. Euro weniger Zölle eingenommen worden. Die EU-Einfuhren nach Serbien gingen in diesem Zeitraum um 28 Prozent zurück, während die serbischen Exporte in die EU um 24 Prozent sanken.

Freihandelszone geplant

Nach Meinung von Milica Delevic, der Leiterin der serbischen Regierungskanzlei für die europäische Integration, wird Serbien durch das Handelsabkommen attraktiver für ausländische Investoren. Außerdem sehe das Abkommen die Bildung einer Freihandelszone zwischen der EU und Serbien innerhalb von sechs Jahren vor. Derzeit werde die serbische Rechtslage an jene der EU angeglichen, so Delevic.

Österreichs Außenminister Michael Spindelegger hat den EU-Beschluss zur Umsetzung von Handelserleichterungen für Serbien durch die Europäische Union begrüßt. Das Ende der Blockade des Interimsabkommens durch die Niederlande schaffe eine „positive Dynamik“ zugunsten Serbiens. Bei einem Besuch in Belgrad unterstrich der Außenminister erneut die Bedeutung der regionalen Zusammenarbeit bei der EU-Annäherung des Westbalkans. Entscheidend für die Westbalkan-Staaten sei es, dass man eine gemeinsame Zukunftsperspektive sehe. Die könne es nur geben, wenn alle gemeinsam in Richtung der EU unterwegs seien.

IWF-Hilfe über 2,9 Mrd. Euro

Wirtschaftliche Hilfe erhielt Serbien vom Internationalen Währungsfonds (IWF), der dem Balkanstaat im Vorjahr einen Kredit von rund 2,9 Mrd. Euro gewährt hat.

GW übernimmt serbische Eurocargo

Mit der Übernahme des etablierten Speditions- und Logistikunternehmens stärkt Gebrüder Weiss seine Position in der Balkanregion.



Mit dem Kauf des serbischen Speditions- und Logistikunternehmens Eurocargo hält GW am eingeschlagenen Investitionskurs fest.

Der österreichische Transport- und Logistikdienstleister Gebrüder Weiss übernimmt per 12. November 2009 mehr als 75 Prozent an der in Serbien tätigen internationalen Spedition Eurocargo, denn der bisherige Mehrheitseigentümer, der Hamburger Spediteur D-Eckhard Niedermann, zieht sich aus Altersgründen zurück.

Vorstandsvorsitzender Wolfgang Niessner: „Mit der Mehrheits-Übernahme von Eurocargo verstärken wir nicht nur unsere lokale und regionale Organisation, sondern wir setzen auch ein deutliches Signal, dass wir konsequent unsere Strategie verfolgen, um GW nachhaltig als herausragenden Logistik-Lösungs-Anbieter in Zentral- und Osteuropa zu positionieren.“

Die restlichen Anteile verbleiben im Besitz des bisherigen Gesellschafters und Geschäftsführers Dragan Simovic.

Eurocargo beschäftigt derzeit 100 Mitarbeiter und erzielte 2008 einen Umsatz von rund 7,5 Mio. Euro bzw. ca. 700 Mio. Dinar. Das Unternehmen betreibt Standorte in Dobanovci und Leskovac sowie Zollbüros an den Grenzen zu Ungarn und Kroatien.

Regionaldirektor Erich Schafer: „Serbien ist ein Dreh- und Angelpunkt in der Balkanregion, dieser Kauf ist ein weiterer wichtiger Expansionsschritt für GW in Südosteuropa. Wir freuen uns, mit Eurocargo ein professionelles Unternehmen mit erfahrenen und kompetenten Mitarbeitern unter unserem Konzerndach begrüßen zu dürfen.“

Erweitertes Serviceportfolio

Gebrüder Weiss und Eurocargo beschäftigen in Serbien gemeinsam 130 Mitarbeiter. Zusätzlich zu dem bestehenden Leistungsportfolio – internationale und nationale Stückgut- und Ladungstransporte, Air & Sea-Dienstleistungen, Distributions- und Beschaffungslösungen sowie Zollabwicklung – können in Serbien jetzt auch Dienstleistungen im Bereich Lagerlogistik (inklusive Gefahrgut) sowie die Zollabfertigung mit eigenen Grenzbüros angeboten werden.

Dragan Simovic, Geschäftsführer von Eurocargo: „Dieser Zusammenschluss ist eine Bestätigung unserer guten Arbeit der letzten Jahre und bedeutet einen echten Mehrwert für unsere Kunden, die nun auf das weltweite Netzwerk und die ausgezeichneten Qualitätsstandards von Gebrüder Weiss zugreifen können.“

Wichtige Adressen

Serbien

DV: Rennweg 3, 1030 Wien
T +43 1 713 25 95
ÖH: siehe Mazedonien

Slowakei

DV: Armbrustergasse 24, 1190 Wien
T +43 1 318 90 55 - 200
ÖH: Europeum Business Centre
Suché myto 1, 3. Stock
811 03 Bratislava, T +421 2 59 100 600

Slowenien

DV: Nibelungengasse 13/III, 1010 Wien
T +43 1 586 13 09
ÖH: siehe Albanien

Tschechien

DV: Penzinger Straße 11 - 13, 1140 Wien, T +43 1 899 580
ÖH: Krakovská 7P.O.B. 493
111 21 Praha 1, T +420 2 22 21 02 55

Ukraine

DV: Naaffgasse 23, 1180 Wien
T +43 1 479 71 72 11
ÖH: Posolstva Awstriji - Torhowyj Wid-dil wul. Melnykowa, 12 A, Büro 7
04050 Kiew, T +380 44 503 35 99

Ungarn

DV: Bankgasse 4-6, 1010 Wien
T +43 1 537 80 - 300
ÖH: Délibáb utca 21, 1062 Budapest VI
T +36 1 461 50 40

Weißrussland

DV: Hüttelbergstraße 6, 1140 Wien
T +43 1 419 96 30 - 11
ÖH: siehe Russland

DV: diplom. Vertretung in Österreich
ÖH: österr. Außenhandelsstelle

Kontakt

EuroCargo GmbH

Int. Spedition & Transport
Strojkovce
RS-16203 Vucje
Serbien

T +381 16 230 410
F +381 16 794 009
www.eurocargo.rs

Ansprechpartner:

Hr. Dragan Simovic
dragan.simovic@eurocargo.rs

Serbien Kurzüberblick:

Staatsform: Republik
Fläche: 77.474 km²
Einwohner: ca. 7,5 Millionen
Hauptstadt: Belgrad
Währung: Dinar (RSD)

the orange way of Sustainability



Nachhaltig zu agieren. Das ist es, was unsere Kunden unter Verantwortung übernehmen verstehen. Diese respektvoll wahrzunehmen, ist seit jeher unser Ziel. Wir schaffen langfristige Perspektiven und bringen ökonomische, ökologische und gesellschaftspolitische Aspekte in Einklang. Deshalb achten wir auf ressourcenschonende Anlagen, Produkte und Systeme. Erleben Sie selbst: GW bewegt.

Gebrüder Weiss 
Transport und Logistik